

Anrede

Am 31.08.2017 wurde der Etat 2018 vom Kämmerer und vom Oberbürgermeister eingebracht. Die vergangenen Tage bis heute dienten der fach- und sachgerechten Beratung der geplanten Zahlen.

Bis heute, den 19.10.2017, sind rd. 50 Tage vergangen. In 50 Tagen haben wir lt. Planzahlen ca. 4,73 Mio. Eigenkapital verloren.

Was ist Eigenkapital? Einige im Rat werden es nicht wissen. Hier eine kurze Zusammenfassung:

Eigenkapital ist die Differenz von Vermögen und Schulden, man bezeichnet es auch als Reinvermögen. In der Bilanz findet man es rechts auf der Passivseite.

Nach dem Jahresabschluss von 2016 plante die Verwaltung für 2017 ein negatives Eigenkapital von 558.437.390 €.

Negatives Eigenkapital. Was ist das?

Negatives Eigenkapital entsteht dann, wenn die Schulden höher als das Vermögen sind.

Warum führe ich das aus? Die Verwaltung sagt, entscheidend für die Bonität einer Kommune ist die Fähigkeit in Zukunft den Schuldendienst und Zahlungsverpflichtungen sicherzustellen. Das ist bei den geringen Zinsen möglich.

Viel Wichtiger ist aber das traurige Selbstverständnis der handelnden Akteure mit dem Geld der nächsten Generationen den heutigen Konsum zu decken. Während positives Eigenkapital nichts anderes bedeutet, als das Vorleistungen zugunsten künftiger Generationen erbracht worden sind, bedeutet negatives Eigenkapital dass die Stadt Mülheim an der Ruhr gegenwärtig auf Kosten der künftigen Generationen lebt. Das kann eine FDP nicht mittragen. Kein Kaufmann, keine Eltern, niemand der ein

ernsthaftes Interesse an dem hat, was er tut handelt so. Purer Eigennutz, kein Sinn für Nachhaltigkeit.

Anrede

Eine Trendwende bei den Finanzen ist nur mit einem neuen Denken zu bewältigen. Ein Beispiel:

Die FDP hält nach wie vor den ÖPNV für überdimensioniert und reformbedürftig. Das jährliche Defizit ist zu verkleinern. Leider fehlt der Wille dazu.

Ein Gutachten zeigt mittel- bis langfristig mehrere Szenarien, wie es gelingt, vom hohen Defizit wegzukommen. Das Gutachten wird nicht mehr genutzt. Stattdessen wird über eine Straßenbahnlinie nach Saarn nachgedacht. Auch hierfür wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt und bezahlt. Weder mangelnder Bedarf, noch fehlende Finanzierbarkeit, noch der Gegenwind der Betroffenen ließen die Befürworter von ihrem Plan abbringen, eine mögliche Streckenführung zu planen. Gegner wurden als „Querulanten“ verhöhnt. Straßenbahnen wurden als „die neue Mobilität“ bezeichnet, die uns in die Zukunft führt.

Wie kommt man auf solche Ideen? Es ist kein Sparwille vorhanden. Purer Eigennutz, kein Sinn für Nachhaltigkeit.

Kommen wir zurück zum vergangenen Jahr und die Etatberatungen.

Der Etatvorschlag für 2017 wurde mit 28 Ja- gegen 26 Nein-Stimmen verabschiedet. In ihm wurde eine Position beschrieben, die erst noch mit Einsparmaßnahmen gefüllt werden musste. Dieses unseriöse Vorgehen führte dazu, dass die Diskussionen über die GPA-Liste jegliche Zeit nahm, an wichtigere, strategische Maßnahmen zu denken.

Die Teilnahme am Stärkungspakt war das große Ziel. Purer Eigennutz, kein Sinn für Nachhaltigkeit.

Anrede

Wichtige Diskussionen über die Zukunft der Stadt Mülheim an der Ruhr wurden wieder einmal nicht geführt.

- Demografischer Wandel,
- Individualisierung der Gesellschaft,
- neue Mobilität,
- digitale Arbeits- und Lebenswelt,
- Energie + Klima, Sicherheit, usw.,

das sind Felder, die die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt garantieren. In diesen Zukunftsfeldern ist Geld zu verdienen, auch für eine Stadt. Ziehen wir in diesen Felder Know-how in die Stadt, holen wir uns Fördermittel ab, gelingt es uns, neue Unternehmen nach Mülheim zu bringen, wird es nicht mehr nötig sein, über Erhöhungen bei Gebühren, Steuern und Abgaben zu diskutieren.

Heute stehen die Ja-Sager des Etats 2017 vorwurfsvoll vor den Ausschüssen und fordern Lösungen für das von ihnen eingeleitete Dilemma.

Wir sollen Vorschläge machen. Haben wir! Vor einem Jahr haben wir Vorschläge gemacht, auch in den Jahren davor. Leider wollten Sie die nicht mittragen.

Aktuell wurden einige Sparvorschläge gemacht, aber der Großteil der Vorschläge sind Mehreinnahmen durch Erhöhung von Abgaben, Gebühren und Steuern.

An dieser Stelle möchte ich Konrad Adenauer (1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland) zitieren: „Alles was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von anderen haben wollen.“

Anrede

Mit welcher Leichtigkeit in Debatten gesagt wird,

- das geht nicht,
- kann nicht klappen oder
- weltfremdes Gerede.

Dies zeigt deutlich, wie fremd Sparen im Denken der Ja-Sager war und ist. Klein-klein und weiter so klappt nicht.

Es gab mal eine Leitbilddebatte. Die Ergebnisse dieser Debatte sollten die nächsten Jahre die Richtung sein, in die die Stadt Mülheim gehen soll. Davon haben wir uns komplett verabschiedet.

Ich nehme beispielhaft die Zielrichtungen für den Bereich Wirtschaft heraus:

Dort heißt es:

Wir wollen

- den Wirtschaftsstandort Mülheim an der Ruhr in seiner Gesamtheit stärken und das Wirtschaftswachstum fördern
- eine erfolgreiche Gründerstadt bleiben und dazu auch Gründungschancen aus der Hochschule Ruhr West (HRW) nutzen
- ...

Wie reagiert die Verwaltung darauf:

Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer auf 550%. Spitzenrang in NRW.

Erhöhung der Grundsteuer B auf 640%. Spitzenrang in NRW.

Das ist also Ansiedlungspolitik in Mülheim. Das ist Absiedlungspolitik. Diejenigen, die es sich aussuchen können, meiden Mülheim bzw. wandern ab, falls es keine Trendwende gibt.

Anrede

Das ist keine Beitz-Meinung:

Eine aktuelle Studie des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung belegt, dass Gewerbesteuererhöhungen gerade auch von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlt werden. In der Untersuchung, die sich auf die Jahre 1993 bis 2012 bezieht, wurde die Einkommensentwicklung mit der Gewerbesteuerentwicklung verglichen. Insgesamt wurden die Auswirkungen von fast 18.000 Erhöhungen oder Senkungen in 10.000 Städten analysiert.

Das Ergebnis war deutlich: Wenn die Gewerbesteuer in einem Ort erhöht wurde, sanken dort die Löhne und Gehälter, oder sie stiegen deutlich langsamer als im Rest Deutschlands.

Ich zitiere den Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes, Wolfgang Schmitz:

“ Die jahrelange Erhöhung der Gewerbesteuer in Städten wie Duisburg, Oberhausen und Mülheim an der Ruhr hätte Spuren in den Portmonees der Arbeiter und Angestellten hinterlassen. Dies sei, so sagt es die ifo-Studie, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen der Fall, die die zusätzlichen Kosten durch Gewerbesteuererhöhungen nicht auf ihre Produkte umlegen könnten. Alarmierend ist, dass weniger qualifizierte Arbeitskräfte hohe Gewerbesteuern bei ihren monatlichen Einkünften besonders stark spüren. Es zeigt, dass wir bei der Gewerbesteuer mit Lebenslügen Schluss machen müssen. Nicht nur Unternehmer trifft die Steuer, sondern auch und gerade den normalen Arbeitnehmer.“ Zitatende

Nicht nur, dass Arbeitnehmer und Angestellte weniger in den Geldbörsen haben, wir in MH haben auch noch die höchste Pro-Kopf-Verschuldung NRW-weit.
9.163 € je Bewohner.

Da fragt man sich: Wo bleibt das Geld, das den Arbeitern und Angestellten in der Brieftasche fehlt?

Etatrede 2017 Peter Beitz FDP

Das ist der Goldstandard, von dem die FDP immer spricht. Übererfüllung der Normalnormen. Dafür zahlt die Stadt täglich 33.000 € Zinsen. Das ist jeden Tag eine neue BMW 3er-Limousine oder ein neuer Daimler der C-Klasse.

In Bildung und Familie, Teilhabe an der Gesellschaft und Chancengleichheit ist es für die FDP klar, den erhöhten Standard zu fordern. Das sind die Zukunftsfelder unserer Stadt.

Aber Investitionen in nicht zeitgemäße Verkehrsinfrastruktur (Straßenbahn nach Saarn), Investitionen in abbruchreife und brandtechnisch nicht zu erneuernde Gebäude, Investitionen in überholte Fortbildungskonzepte wird es mit der FDP nicht geben.

Die FDP fordert eine generationengerechte Finanzpolitik, die einer Stadt den finanziellen Spielraum lässt, Investitionen zu tätigen, Schulen zu renovieren und Straßen zu bauen, wenn es nötig ist und nicht auf Kreditgeber zu hoffen.

Albert Einstein sagte:

„Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.“

Anrede,

ich bedanke mich bei den Mitarbeitern in der Verwaltung, die an der Erstellung des Etats beteiligt waren, ich bedanke mich bei meiner Fraktion für die Beratung und bei Ihnen, liebe Zuhörer, fürs Zuhören.

Die FDP lehnt den vorgelegten Etatentwurf und alle korrespondierenden Anträge ab.